

# Lebenslagen in Deutschland

## Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung

Entwurf (Fassung für Ressortabstimmung und Beteiligung von Verbänden und Wissenschaft – Stand: 14. Dezember 2004)

### Auszug zu Punkt 4

#### Mehr Beschäftigung - Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt

Die hohe Arbeitslosigkeit ist das drängendste Problem in Deutschland. Für die Betroffenen bedeutet Arbeitslosigkeit akute Gefahr von Armut und sozialer Ausgrenzung. Dies belegen folgende Daten: Die Armutsrisikoquote von Arbeitslosen lag im Jahre 2003 bei 40,9%. In Haushalten mit nur einem Teilerwerbstätigen betrug sie noch rd. 30%. Haushalte, in denen mindestens ein Mitglied einer vollen Erwerbstätigkeit bzw. mindestens zwei Mitglieder einer Teilerwerbstätigkeit nachgingen, wiesen dagegen eine Armutsrisikoquote von nur rd. 4% auf.

#### Arbeitsmarktentwicklung

Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verlief seit 1998 in zwei Phasen. Von 1998 bis 2000 lag das Wachstum über der Beschäftigungsschwelle; entsprechend stieg die Zahl der Erwerbstätigen. Die Erwerbstätigenquote erhöhte sich von 63,8% (1998) auf 65,4% (2002). Dies beruhte vor allem auf einem Anstieg in den alten Ländern sowie auf der steigenden Anzahl erwerbstätiger Frauen. Damit hat Deutschland sich dem Lissabonner EU-Ziel einer allgemeinen Erwerbstätigenquote von 70% bis 2010 weiter angenähert. Die spezifische Erwerbstätigenquote der Frauen hat mit 58,8% das EU-Ziel von 60% sogar fast erreicht. Eine erhebliche Herausforderung stellt jedoch die Anhebung der Erwerbstätigenquote der über 55-Jährigen dar. Zwar stieg sie zwischen 1998 und 2002 von 37,8% auf 38,7% und erreichte im Jahr 2003 mit 39,4% den höchsten Stand seit der deutschen Einheit.. Sie liegt aber noch weit vom EU-Ziel von 50% bis

2010 entfernt. Mit dem Abbau von Frühverrentungsanreizen im Rahmen der Arbeitsmarktreform 2003 und der Rentenreform 2004 strebt die Bundesregierung eine Verbesserung der Arbeitsmarktintegration Älterer an.

Die wirtschaftliche Schwächephase in den Jahren 2001 bis 2003 führte zu einem Rückgang der Erwerbstätigkeit. Im Jahr 2003 ging die Zahl der Erwerbstätigen auf rd. 38,3 Mio. zurück; die Arbeitslosenzahl stieg auf 4,38 Mio. (Quote: 11,6%). Dieser negative Trend wurde im Jahresverlauf 2004 gestoppt. Zuvor war die Zahl der Arbeitslosen von 1998 bis 2002 von 4,28 Mio. auf 4,06 Mio. gesunken. Mit 3,85 Mio. hatte sie im Jahr 2001 einen vorübergehenden Tiefstand erreicht. In den neuen Ländern war die Arbeitslosenquote 2003 mit 20,1% immer noch mehr als doppelt so hoch wie in den alten Ländern (9,3%). Für 2005 sind die Aussichten gut, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt deutlich verbessert.

**Ausgangslage:**

Betriebe und Unternehmen schaffen nicht genug Arbeitsplätze, Arbeitslosigkeit ist das größte Armutsrisiko

**Maßnahme:**

Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung

- Politik kann zwar keine Arbeitsplätze schaffen, aber Rahmenbedingungen für Beschäftigungswachstum beeinflussen
- Bundesregierung begrenzt Lohnnebenkosten und Steuerbelastungen gerade bei mittelständischen Unternehmen
- Unternehmen können beschäftigungsfreundliches Klima nutzen und Arbeitsplätze bereitstellen

**Arbeitslosigkeit besonderer Personengruppen**

Schwerbehinderte Menschen waren 1998 bis 2002 von Arbeitslosigkeit nach wie vor überdurchschnittlich betroffen, wenngleich sich ihre Zahl aufgrund der arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen der Bundesregierung deutlich verringert hatte. Ausländer sind vor allem wegen schlechterer Bildungsabschlüsse und fehlender Berufsausbildung etwa doppelt so häufig von Arbeitslosigkeit betroffen wie die Gesamtbevölkerung. Der Strukturwandel von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft verbessert hingegen die Beschäftigungschancen von Frauen: Während ihre Arbeitslosenquote im Jahr 1998 noch 0,9 Prozentpunkte höher lag als die der Männer, war sie im Jahr 2003 um 1,6 Prozentpunkte niedriger. Der jahresdurchschnittliche Anteil Langzeitarbeitsloser an allen Arbeitslosen sank von 37,4% (1998) auf 34,8% (2003). Bei den Frauen lag er dabei im Jahr 2003 mit 37,2% deutlich höher als bei den Männern (32,8%), und in den neuen Ländern fiel er mit 40% deutlich höher aus als im früheren Bundesgebiet (31,7%). Durch die schwierige wirtschaftliche Entwicklung ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen zuletzt bundesweit wieder angestiegen; und erreichte im Oktober 2004 sogar den Stand von 40,5%.

**Beschäftigungspolitik, die Teilhabe fördert**

Die Hauptverantwortung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze obliegt den Unternehmen. Soweit bestimmte Personengruppen besonders von Arbeitslosigkeit betroffen sind, kann hier auch die Arbeitsmarktpolitik durch individuelle Förderung und Aktivierung neue Teilhabechancen öffnen. Sozial gerechte Politik unternimmt alle Anstrengungen, damit von Arbeitslosigkeit Betroffene neue Chancen am Arbeitsmarkt erhalten. Mit der Agenda 2010 zielt die Bundesregierung deshalb darauf ab, die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu verbessern und die Teilhabechancen aller am Arbeitsmarkt zu erhöhen. Dies geschieht auch durch eine Strategie des "Förderns und Forderns".

Die Bundesregierung hat daher ein umfassendes Reformpaket für den Arbeitsmarkt beschlossen, das vom Gesetzgeber umgehend in Kraft gesetzt wurde. Das Erste und das Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt tragen zur Erschließung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten bei und verbessern die Vermittlung in Arbeit. Die wichtigsten neuen Handlungsansätze sind die Aufhebung bislang bestehender Beschränkungen der Arbeitnehmerüberlassung, die Einrichtung von Personal-Service-Agenturen, die Verbesserung der Qualität und Schnelligkeit der Vermittlung sowie die Neuausrichtung des Weiterbildungsmarktes.

**Ausgangslage:**

Für Problemgruppen ist Arbeitsmarktintegration erschwert

**Maßnahme:**

Aktivierende Arbeitsmarktpolitik

- Bundesregierung setzt mit den vier Gesetzen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt auf gezielte Förderung, Qualifizierung und Vermittlung von Arbeitslosen
- Aktivierung nützt insbesondere auch langzeitarbeitslosen Menschen, niedrig Qualifizierten, schwerbehinderten Menschen sowie Migrantinnen und Migranten
- Bereitschaft zur Eigeninitiative wird gefordert

Das Dritte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt schafft die rechtlichen Grundlagen für eine effektive und dienstleistungsorientierte Arbeitsverwaltung. Mit dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende ab 2005 werden Grundlagen für die Förderung insbesondere von Langzeitarbeitslosen und jungen Menschen geschaffen. Diese erhalten neue Anreize zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und erfahren zielgerichtete Unterstützung und intensive Betreuung aus einer Hand. Damit wird "Armutskarrieren" begegnet. Die Integration in den ersten Arbeitsmarkt bleibt dabei vorrangiges Ziel. Zusatzjobs bieten Langzeitarbeitslosen eine Möglichkeit, sich wieder in den Berufsalltag einzufinden. Die Wohlfahrtsverbände haben gegenüber der Bundesregierung ihre Bereitschaft signalisiert, dabei einen wesentlichen Beitrag zu leisten. Um Friktionen zu vermeiden, wurde dem Vierten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt das bis Ende 2004 laufende Programm "Arbeit für Langzeitarbeitslose" vorgeschaltet. Durch intensivierete Beratung und Betreuung, kommunale Beschäftigung sowie Qualifizierung für inzwischen 67.000 Langzeitarbeitslose fördert die Bundesregierung hiermit die Chancen auf Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt.

**Startchancen für junge Menschen sichern**

Wer als junger Mensch heute keine Ausbildung hat, keine Weiterbildungsmöglichkeiten wahrnimmt oder ohne Arbeitsplatz ist, wird später zum Sozialfall. Besonderes Augenmerk hat die Bundesregierung daher auf die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gelegt. Die Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen liegt in Deutschland im Vergleich zur Gesamtarbeitslosenquote niedrig; sie sank zwischen 1998 und 2003 von 11,8% auf 9,9%. Damit lag sie um 1,7 Prozentpunkte unter der Quote aller Arbeitslosen (11,6%). Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren sank die Quote von 9,3% (1998) deutlich auf 4,5% (2003); sie ist damit deutlich niedriger als die Gesamtarbeitslosenquote und auch im internationalen Vergleich relativ niedrig.

Diese positive Entwicklung gilt es weiter voran zu treiben und Jugendliche noch stärker zu fördern. Denn die Arbeitsmarktintegration junger Menschen ist für ihre Teilhabe- und Verwirklichungschancen im weiteren Leben elementar. Die Bundesregierung hat deshalb im Jahr 2004 rund 210 Mio. Euro für das Sonderprogramm zum Einstieg arbeitsloser Jugendlicher in Beschäftigung und Qualifizierung "Jump Plus" bereitgestellt. Damit werden Jugendliche durch verstärkte Betreuung, durch eine Ausbildung oder Qualifizierung umfassend unterstützt. Flankiert werden diese Maßnahmen durch den "Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland" vom 16. Juni 2004. Damit hat sich die Wirtschaft verpflichtet, allen ausbildungswilligen und -fähigen jungen Menschen ein Ausbildungsangebot zu unterbreiten. Zudem wird mit Einführung der neuen Grundsicherung für Arbeitsuchende ab Januar 2005 sichergestellt, dass junge Menschen unverzüglich nach Antragstellung eine, Ausbildung, reguläre Arbeit oder eine Arbeitsgelegenheit erhalten. Dafür bedarf es besonders intensiver Betreuung; Ziel ist es, 2005 für jeweils 75 arbeitslose Jugendliche einen Fallmanager zur Verfügung zu stellen und damit eine deutlich verbesserte Unterstützung und Beratung zu gewährleisten.



**Ausgangslage:**

Auch vergleichsweise geringe Jugendarbeitslosigkeit kann im Interesse der Teilhabe- und Verwirklichungschancen der Jugendlichen nicht toleriert werden

**Maßnahme**

Fallmanagement bekämpft Jugendarbeitslosigkeit effektiv

- Bundesregierung förderte arbeitslose Jugendliche mit den Programmen "Jump" (bis Ende 2003) und "Jump Plus" (bis Ende 2004)
- 2003 wurden 477.000 Jugendliche mit jugendspezifischen Arbeitsfördermaßnahmen unterstützt
- Junge Arbeitslose werden ab 2005 sofort in Arbeit, eine Arbeitsgelegenheit, Ausbildung oder Qualifizierung vermittelt
- Mit dem "Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland" sollen bis 2007 jährlich 30.000 neue Ausbildungsplätze eingeworben werden
- Bund hat seine Ausbildungsleistung um 20% erhöht

**Alle müssen an einem Strang ziehen**

Auf einer Ausbildung beruhende Erwerbstätigkeit ist der beste Schutz gegen mangelnde kulturelle und soziale Ressourcen. Die Bundesregierung trägt mit ihren Maßnahmen und Programmen dazu bei, die Chancen der Menschen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Sie schafft durch eine teilhabeorientierte Wirtschaftspolitik im Zusammenwirken mit anderen Politikfeldern stabile Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung. In der Verantwortung des Einzelnen liegt es nunmehr, diese Chancen aufzugreifen. Vor allem aber liegt es in der Verantwortung der Wirtschaft, das infolge der Begrenzung der Lohnnebenkosten beschäftigungsfreundliche Klima zu nutzen und ausreichend Arbeitsplätze bereitzustellen.

Nach: Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Entwurf (Fassung für Ressortabstimmung und Beteiligung von Verbänden und Wissenschaft –Stand: 14. Dezember 2004), S. XXXVI-XXXIX

